



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 50 Pfennig, Eides- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 6. bis 12. Juni 1915  
ist die Beitragsmarke in das mit 23 bezahlte  
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Die Fürsorge für Kriegsinvaliden

Ist eine jetzt lebhaft erörterte Frage, die ja auch nicht früh genug und erschöpfend behandelt werden kann. Es gilt hier Wege zu ebnen, um den Kriegsinvaliden nachher eine entsprechende Erwerbsmöglichkeit zu geben.

Am 13. April 1915 beschäftigte sich die Budgetkommission des Reichstages mit dieser Frage. Zwei Anträge des Zentrums und ein Antrag der Sozialdemokratie gaben den Beratungen spezielle Anhaltspunkte. Es wurde manche offene Frage angeschnitten und verlangt, daß auch hierfür Regelung Platz greife. Beschwerden verschiedener Art kamen zur Sprache, vorwiegend die Klagen von entlassenen Soldaten über die ihnen vorgelegten Reverbis, wonach sie keinen Anspruch an die Militärverwaltung haben, mit Recht Hervorhebung fanden. In der Hauptsache handelt es sich aber um die Schnelligkeit und Angemessenheit der Rentensfestsetzungen, die sich nach dem letzten Arbeitseinkommen richten sollen, wofür indes noch keine Zusage von der Regierung zu erzielen war. Dem vom Abgeordneten Erzberger aufgestellten Grundsätze der Ehrenpflicht des Reichs für eine möglichst gute Versorgung der invaliden Kriegsteilnehmer und der Hinterbliebenen von solchen wurde durch die in Verfolg weiter ausgesprochener Erwartungen abgegebene Erklärung des Staatssekretärs Helfferich, daß an den Kosten die Versorgung nicht scheitern dürfe, daß aber eine Festlegung auf bestimmte Grundsätze zur Zeit noch nicht möglich sei, prinzipielle Zustimmung. Ein anderer Regierungsvertreter gab die Zusicherung raschen und gleichmäßigen Verfahrens bei Rentensachen.

In besonderer Weise widmete man sich der schwierigen Frage einer ausreichenden Fürsorge für die Kriegsinvaliden. Hier rebete vornehmlich der Abgeordnete Bauer (zweiter Vorsitzender der Generalkommission) den vorliegenden Notwendigkeiten das Wort. Wenn die Regierung den Verletzten die Möglichkeit eines angemessenen Erwerbs schaffe, so sei das besser als die Gewährung von doch meist unzulänglichen Renten. Die Unterbringung der Kriegsinvaliden werde gewiß auf große Schwierigkeiten stoßen, aber die Regierung müsse hier alles tun. Das beste (auch von anderer Seite in seiner Wichtigkeit betonte) Hilfsmittel sei schon ein wesentlicher Faktor. Die Generalkommission habe der Regierung bereits im Februar Vorschläge gemacht, sei aber noch ohne Antwort. Es müßten schnellst möglich Grundsätze über die Arbeitsvermittlung aufgestellt werden. Auf keinen Fall dürften die Kriegsinvaliden als Lohnbrüder Verwendung finden. In diesen Fragen sollte man den Rat der Gewerkschaften hören. Der Zentrumsredner begehnte es als Aufgabe der Industrie, einen Teil dieser Invaliden aufzunehmen. Der Staatssekretär legte besonderen Wert darauf, die Verletzten wirtschaftlich nutzbar

zu machen, und erwähnte, daß schon ein Zentralarbeitsnachweis für Vertrüppelte errichtet worden sei. Erfreulich war die Erklärung des Ministerialdirektors Caspar, daß die Gewerkschaften, auf deren Mitarbeit die Regierung großen Wert lege, auf alle Fälle gehört werden sollen. Aber auch die Organisationen der Arbeitgeber werde man heranziehen.

Hoffentlich kommt auf diesem so wichtigen Gebiet im weiteren Verlaufe der Beratungen wirklich und allgemein Befriedigendes zustande.

Inzwischen ist im Buchdruckgewerbe mit der praktischen Durchführung dieser wichtigen Angelegenheit der Anfang gemacht worden. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ schreibt über die dankenswerte Arbeit, die Herr Julius Mäfer begonnen hat:

„In unserm Gewerbe wird die Frage der Fürsorge der Kriegbeschädigten auch dringlich. Erfreulicherweise haben wir schon gehört, daß Prinzipale sich zur Weiterbeschäftigung von solchen Mitarbeitern bereit erklärt haben. Warum soll auch ein Maschinenseker mit nur einem Bein — um einen uns bekannten Fall zu nennen — an der Linotype seine Arbeit nicht ebenso gut verrichten können wie früher? Es ist auch mit Genugtuung zu begrüßen, daß für diejenigen Seher- oder Druckerkollegen, die ihre seitherige Tätigkeit infolge der erhaltenen Verletzungen nicht mehr ausüben können, eine Gelegenheit geboten wird, sich nun zu andern Funktionen auszubilden. Das kann sein als Korrektoren, als leitende Personen in Seherei und Druckerei, als Angestellte in Druckereikontoren oder in Zeitungsredaktionen. Der Gedanke geht von Herrn Julius Mäfer aus, der zu diesem Zweck sein Technikum zur Verfügung stellt. Daß das Leipziger Buchdrucker-technikum dafür vollständig eingerichtet ist und die nötigen Lehrkräfte besitzt, macht die Sache wesentlich leichter. Es sollen praktische, theoretische und wissenschaftliche Kurse abgehalten werden, für die ein vollständig ausgebildeter Plan vorliegt. Die Teilnahme daran ist an keine andere Bedingung geknüpft als die einer gewissen Befähigung zu dieser oder jener Tätigkeit. Der Unterricht ist völlig kostenlos, auch in den Lehrmitteln. Für die zur journalistischen Laufbahn übergehenden Kollegen ist außerdem auf Kosten des Herrn Mäfer die Beteiligung an den Vorlesungen über Zeitungswesen usw. an der Leipziger Universität bei einem berühmten Gelehrten gewährleistet. Auf den körperlichen Zustand soll jede nur mögliche Rücksicht genommen werden. Die Dauer eines Kurses, der an keinen bestimmten Anfangstermin gebunden ist, richtet sich nach der Qualifikation jedes Teilnehmers. Ueberlastung soll ebenso vermieden werden wie unnützes Lernen. Der Kurssteilnehmer hat für seinen Unterhalt in Leipzig selbst zu sorgen. Inwiefern Stiftungen oder Unterstützung der Heimatbehörde, des Prinzipals usw. dafür in Anspruch genommen werden können, hängt von den jeweiligen Umständen ab.

Herr Mäfer hat sich mit den maßgebenden Organisationen in unserm Gewerbe in Verbindung gesetzt und dürfte für sein anerkanntes Vorhaben deren Zustimmung finden.“

Eine weitere Boration für denselben Zweck wird aus München gemeldet; hier wird auch auf die verschiedenen Zwischenstellungen in den Zeitungsexpeditoren hingewiesen und folgender Aufruf bekanntgegeben.

In Bayern hat Herr Graßl, der Kreisvorsitzende, alle Druckereibetriebe aufgefordert, ihm zur weiteren Vermittlung an die zuständigen Amtsstellen von Regierung und Stadt München vorhandene oder noch zu schaffende Balancen für Kriegbeschädigte anzugeben. Der bezügliche Aufruf befragt, von unsern Berufsangehörigen lehren Tausende zurück:

die ihren Selbsten mit dem Verlust ihrer Gesundheit und mit Verfümmelung ihres Körpers bezahlt haben. Diesen nach Möglichkeit auch für die Zukunft eine ausreichende Existenz zu bieten und ihnen die Sorge für ihre Angehörigen abzunehmen, ist eine Ehrenpflicht! Diese erfüllen wir nicht nur aus dem Gefühl aufrichtiger Dankbarkeit, die wir unsern tapferen Kämpfern schuldig sind, sondern auch aus dem sozialen Empfinden unserer Zeit heraus, die uns zu einträchtigem Zusammenhalt und zur gemeinsamen Opferwilligkeit in Zeiten der Not und Gefahr erzoget hat. Unsere Kriegsteilnehmer sollen nicht ausschließlich auf die ihnen vom Staate gewährte Hilfe angewiesen sein, sondern auch auf die Hilfe der Volksgemeinschaft, die innerhalb ihres Wirtschaftslebens auch für die teilweise verminderte Arbeitskraft noch immer geeignete Verwendung finden wird.

Wenn auch nach dem Fragebogen, der für die von Herrn J. Mäfer gedachte Gruppe ausgearbeitet ist, in allererster Linie nur von Gehilfen gesprochen wird, so zeigen ja auch die dafür gedachten Arbeitsmöglichkeiten, daß eine gute Schulbildung und tüchtige Fachkenntnis die erste Bedingung ist. Wer hilfsarbeiterfertig über diese Kenntnisse verfügt, wird sicher nicht zurückgewiesen werden, wenn er auch vorher nicht benannt wurde. Aber es gibt ja noch so vielerlei Beschäftigungsmöglichkeiten in den Vertrieben und wir glauben, daß auch der Hilfsarbeiter als Kriegsinvalide nicht ganz ausgestoßen werden braucht. Dem Kriegsinvaliden ist eine solche Aussicht, im früheren Beruf wieder Arbeit finden zu können, ein reicher Trost, und jede Hoffnung, vor dem Bettelstab verschont zu bleiben, wirkt belebend und hilft das schwere Lebensschicksal tragen. Darum begrüßen wir diese Unternehmungen als Beweise hoher Menschlichkeit und wünschen ihnen die allerbesten Erfolge.

## Die Kriegsfürsorge der Straßburger Buchdruckereien.

Unter diesem Titel erschien in Nr. 54 vom 5. März d. J. der Straßburger „Freien Presse“ eine Notiz, in der die lobenswerte Kriegsfürsorge

einiger Buchdruckereien für die Angehörigen ihres eingezogenen Personals hervorgehoben wurde. Obenbezeichnetes Organ entnahm diese Notiz dem „Wochen-Rapport“ Nr. 2 (vom 28. Januar 1915) der deutschen Buchdrucker des Bezirksvereins Straßburg i. E. Diese dankenswerte Fürsorge verdient die weiteste Verbreitung. Nach dieser Notiz gewähren Unterstützungen:

1. „Straßburger Volksdruckerei „Freie Presse“. Beim Einrücken erhält jeder einen vollen Wochenlohn, ferner 6 Mk. für die Frau und für jedes Kind 2 Mk. pro Woche.

2. „Straßburger Post.“ Beim Einrücken erhalten Verheiratete 20 Mk. und Ledige 10 Mk., ferner für die Frau 4 Mk., für die ersten zwei Kinder pro 2 Mk. und für jedes weitere Kind 1 Mk. pro Woche.

3. „Straßburger Neueste Nachrichten.“ 30 Mk. pro Monat und ein Weihnachtspaket im Werte von 10 Mk.

4. „Straßburger Neue Zeitung.“ 5 Mk. für die Frau und für jedes Kind 2 Mk. pro Woche.

5. Die Buchdruckerei „Der Eißner“. Beim Einrücken 20 bis 50 Mk., je nach Geschäftstätigkeit. (Ferner gewährt diese Firma nach der Berichtigung eines später erschienenen „Wochen-Rapport“ 16 Mk. pro Monat.)

Auch das Hilfspersonal dieser Betriebe hat Anspruch auf diese Unterstützung. Zu der „Freien Presse“ wird dann noch hinzugefügt: „Es ist bezeichnend, daß alle übrigen Druckereien, worunter sich recht leistungsfähige und finanziell gut gestellte befinden, vom Gehilfenvorstand mit Still-schweigen übergangen werden.“ — Es ist richtig, besonders einige Druckereien, die zu den gewiß leistungsfähigen gehören, haben es für angebracht gehalten, im Zeichen des Burgfriedens kündigungslöse Entlassungen vorzunehmen, und wollten auch noch dazu greifen, die in hoher Zahl ange-setzten Ueberstunden untariflich zu bezahlen. Dem festen Zusammenhalt der dort Beschäftigten war es zu verbanen, daß es dazu nicht gekommen ist; seitdem werden Ueberstunden nur in ge-ringerer Anzahl, aber zu tariflicher Be-zahlung gemacht. Die Druckaufträge werden da-durch einige Wochen später fertig, womit erreicht ist, daß eine Anzahl Arbeiter auf diese Zeit Arbeit und Verdienst haben und nicht genötigt sind, nur mit der Verbandsunterstützung und dem städtischen Zuschuß auskommen zu müssen. Aber auch die Herren Aktionäre werden noch keinen materiellen Schaden erleiden.

Wenn diese leistungsfähigen Firmen, die größere staatliche Aufträge haben, nun auch nicht verpflichtet sind, ihren langjährigen Arbeitern und deren Angehörige einen Kriegszuschuß bei Einberufung zu bewilligen, so verbittert es doch, wenn sich diese Arbeiter in der Zeit hoher Ten-eurung auf alle Lebensmittel und Gebrauchsartikel gegen Tarifübergreife wehren müssen, denn die Versuche, untarifliche Zustände einzuführen, werden fortgesetzt. Mit besonderem Eifer muß daher für die Organisation gearbeitet werden; wer abtrünnig wurde, den müssen wir unter Hin-weis auf solche Dinge davon überzeugen, daß die Arbeiterschaft den Schutz der Organisation dringend braucht und daß es nur mit vereinten Kräften möglich ist, alle Versuche, unsere mühevoll erungenen Vorteile zu beseitigen, erfolgreich ab-zuwehren.

## Korrespondenzen.

Straßburg i. E. Am 15. Mai 1915 fand eine mehrtägige Besuche Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Bericht vom ersten Quartal und begründete einige Außenstände. Diese Angelegenheit kann aber erst später geregelt werden, denn die Kollegen, die unrechtmäßige Unterstützung er-hielten und auch der damalige Vorstand, sind zur Zeit einberufen. Beschlossen wurde, den Mit-gliedern, die 52 Beiträge geleistet haben und ver-heiratet sind, aus der Lotalkasse 5 Mk. und Unver-heirateten 3 Mk. als einmalige Kriegsunterstützung zu zahlen. Restierende Beiträge werden in Abwa-gebracht. Als Kassierer wurde Kollege Ernwein einstimmig gewählt, zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Alfred Fischer, zum Schriftführer Kollege Kaufmann und als Beisitzer Kollege Faure gewählt. Nach einigen Mitteilungen er-folgte Schluß um 7½ Uhr.

## Rundschau.

Eine erste Reichsbeihilfe für die Kriegsver-letztensfürsorge in Höhe von 5 Millionen Mark hat der Bundesrat beschlossen. Durch den Nachtrag zum Reichsetat für 1914 wurden 200 Millionen Mark für Kriegswohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt. Davon sollen nunmehr 5 Millionen zur Unterstützung der Verbände verwendet werden, die die Durchführung der Kriegsverletztensfürsorge übernommen haben. Die Verteilung der Summe auf die einzelnen Bundesstaaten geschieht nach dem Maßstab der Matrikularbeiträge. In Preußen sind die Provinzen die Träger dieser Fürsorge, in anderen größeren Bundesstaaten die entsprechen-den Verwaltungsbereiche und in kleineren Bundes-staaten ist eine einheitliche Organisation für das ganze Gebiet geschaffen. Ueber die Verwendung des Reichszuschusses veröffentlicht der Bundesrat besondere Grundzüge.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1914. Die Jahresrechnung, die in Nr. 18 der Metall-arbeiter-Zeitung veröffentlicht wird, ist durch den Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen sehr stark beeinflusst worden. Der Mitgliederwechsel im Berichtsjahre übertraf den früherer Jahre be-deutend. Es traten ein 89 382 Mitglieder, über-getreten sind 5212, vom Heer zurück meldeten sich 6905, so daß der gesamte Zugang 101 499 betrug. Trotz dieses Zugangs ist die Mitgliederzahl, auch wenn man die zum Heer einberufenen 185 081 Mitglieder von vornherein abrechnet, um 36 936 gesunken. Ende 1913 war die Mitgliederzahl 544 934, Ende 1914 322 917, Abnahme 222 017. Von den 36 936 Abgegangenen wird ein Teil wohl ebenfalls einberufen worden sein, der größere Teil davon ist jedenfalls aus Ursachen ausgeschieden, die auch auf den Krieg zurückzuführen sind.

Die reinen Einnahmen des Verbandes be-trugen 15 206 935 Mk. (1913: 18 638 525 Mk.). Die Differenz von 3 431 590 Mk. ist hauptsächlich durch die Mindereinnahme an Beiträgen entstanden. Bei dem durch die zahlreichen Einberufungen ver-minderten Mitgliederbestand ist diese Minderein-nahme aus Beiträgen ohne weiteres erklärlich.

Die Ausgaben für Unterstützungen erhöhten sich gegen das Vorjahr trotz der bedeutend ge-sunkenen Mitgliederzahl in den 22 Kriegswochen des vorigen Jahres und trotz teilweiser Beschrän-kung und Aufhebung von einigen Unterstützungs-arten um 488 814 Mk. Es sind jedoch nur die Aus-gaben für das Sterbegehalt und die Arbeitslosen-unterstützung gestiegen, für alle anderen Zweige waren sie geringer. Es erforderten: das Heisegehalt 389 824 Mk. (1913: 513 443 Mk.), die Unzu-gang-unterstützung 116 019 Mk. (154 069 Mk.), die Krankenunterstützung 3 332 282 Mk. (4 188 345 Mk.), die Arbeitslosenunterstützung 7 394 311 Mk. (3 229 200 Mk.), die Streikunterstützung 1 096 465 Mark (3 616 765 Mk.), die Maßregelungen 162 830 Mark (267 092 Mk.), die besonderen Notfälle 77 748 Mk. (105 358 Mk.), das Sterbegehalt 142 675 Mark (135 895 Mk.), der Rechtschutz 39 869 Mk. (53 062 Mk.). Für sieben Unterstützungs-zweige zusammen war die Ausgabe um 3 683 075 Mk. ge-ringer, für zwei um 4 171 890 Mk. höher. Die Krankenunterstützung wurde nur ungefähr bis Mitte August gezahlt, wie bei anderen Gewerkschaften fiel sie von da an aus, weil sie die Kasse zu sehr belastet haben würde.

Die Steigerung der Streikunterstützung wurde durch den „Burgfrieden“ verhindert; die Ausgaben für die übrigen Zweige — aus-genommen das Sterbegehalt — blieben geringer als im Vorjahre wegen der verminderten Mitglieder-zahl. Die Ausgabe für die Arbeitslosenunter-stützung ist es, die der Jahresrechnung den Stempel aufdrückt. Ihr kam bisher während des Krieges die größte Bedeutung zu, und sie wird diese auch noch weiter lange über den Krieg hin-aus behalten. Der Vorzicht, die die Verbands-leitung bei Ausbruch des Krieges gezeichnete Sicherheitsmaßnahmen treffen ließ, ist es zu danken, daß der Verband bisher die Wirkungen des Krieges gut überstanden hat und so aller Voraus-sicht nach weiter überleben wird. Das Vermögen der Hauptkasse hat sich zwar von 13 112 004 Mk. um 1 706 448 Mk. auf 11 544 353 Mk. verringert, was jedoch zu Befürchtungen keinen Anlaß bietet. Willigen wird man es aber nur können, daß das Verbandsorgan davon abräät, voreilige Beschlüsse zu fassen, die die finanziell sichere Grundlage des Verbandes erschüttern könnten. Denn nach dem Kriege wird der Verband wie alle übrigen Ge-werkschaften erst recht außerordentliche Leistungen zu vollbringen haben.

Ein Jubiläum des Frauenstudiums. Das Zentralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine bringt in seiner Nummer vom 16. Mai d. J. in

einem längeren Artikel interessantes Material über den Kampf der weiblichen Studierenden auf Zulassung zum gemeinsamen Studium mit Männern und zum Dokorexamen. In diesem Monat werden es gerade 50 Jahre, daß zwei Frauen in Jülich dahingehende Versuche machten, die denn auch geüickt sind. Eine der Stu-dentinnen erlangte zwei Jahre später den Doktorgrad.

Die deutschen Universitäten haben erst viel später das Frauenstudium eingeführt.

Frauenarbeit in der amerikanischen Rüstungs-industrie. Trotz der gewaltigen Lieferungen von Kriegsgerät, mit denen Firmen der Vereinigten Staaten den Dreißig gegen Deutschland unter-stützen, ist die Arbeitslosigkeit der Männer in den Vereinigten Staaten noch immer sehr groß. Denn vielfach erweist man die Männer noch durch Frauen und Kinder. Alle entgegenstehenden Gesetze werden leicht umgangen, so daß sogar die vielfach verbotene Nachtarbeit der Frauen wieder um sich greift. Florence Kelley berichtet darüber in „The Suffragist“: Im Staate Connecticut können nach dem Gesetze die Frauen nicht dazu angehalten werden, noch ist es ihnen erlaubt, nach 10 Uhr abends zu arbeiten. In einer großen Waffen-fabrik in New Haven werden Frauen und Mädchen damit beschäftigt, die Munitionsläufe für die Kriegslieferungen mit ölgetränktem Leder zu polieren. Die Tagesschicht hört um 6 Uhr abends mit der Arbeit auf, und die Nachtschicht — unge-fähr 700 Frauen und Mädchen — arbeitet von 6 Uhr abends bis 10 Uhr, der gesetzlichen Schluß-zeit. Sie werden dann auf einen Tanzsaal und Vergnügungsplatz gebracht, wo sie Abendbrot essen und sich bis eine Minute nach Mitternacht ver-gnügen. Dann hat schon der nächste Tag be-gonnen. Dem Gesetze ist Genüge geschehen, und die Nachtschicht nimmt die Arbeit wieder auf und arbeitet bis 7 Uhr morgens.

Diese Art, das Gesetz zu umgehen und durch billigeren Lohn an der körperlich schwächeren Frau einen noch höheren Verdienst zu haben, muß sich schwer rächen. Wie stets, so wird auch hier schwere Gesundheitsstörung der Arbeiterinnen und eine weitere Zunahme der Säuglingserkrankungen und Sterblichkeit die Folge sein.

## Adressenveränderungen

Straßburg i. E.

Kassierer ist Alfred Ernwein, Neuborf, Postgasse 16 S. II.

## Ehren- Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Am 9. Mai ist bei Ypern unser Kollege

**Hermann Klöth**

(Firma G. Haberland)

im noch nicht vollendeten 21. Lebensjahre gefallen.

Am 16. Mai ist nach fünftägiger Schlacht unser Kollege

**Emil Clauß**

(Firma Bernh. Meyer)

im Alter von 89 Jahren gefallen.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen die Bahnhalle Leipzig.

## Todesanzeige.

Am 21. Mai starb nach langer schmerz-voller Krankheit im Alter von 87 Jahren unsere Kollegin

**Marie Bausenhardt**

(aus der Firma Union Deutsche Verlags-gesellschaft).

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr die Bahnhalle Stuttgart.